



CDU/CSU Europapartei:
Weiterentwicklung der EU
auf Basis ordnungspolitischer Prinzipien

Positionspapier

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*

Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Luisenstr. 44
10117 Berlin
Telefon: 0 30 / 240 87 - 234
E-Mail: info@wirtschaftsrat.de

CDU/CSU Europapartei: Weiterentwicklung der EU auf Basis ordnungspolitischer Prinzipien

Die Union ist seit jeher die Europapartei Deutschlands. Die europäische Integration gehört zur DNA der Partei. Dabei ist sie stets einem klaren Kompass gefolgt, der auf Eigenverantwortung, Subsidiarität und Wettbewerbsfähigkeit setzt. Mit diesem Markenkern hat sich die Union als zentraler Stabilitätsanker etabliert und hat gerade in der Europapolitik immer die höchsten Kompetenzwerte zugesprochen bekommen. Dieses tradierte Programmprofil hat unübersehbar Risse bekommen und droht, nach den Ergebnissen der Sondierungen weiter zu erodieren. Bezeichnend dafür steht die triumphale Aussage des SPD-Parteivorsitzenden Schulz, dass der bei den Sondierungen vereinbarte neue Europakurs, den Prinzipien des früheren Bundesfinanzministers Schäuble fundamental widerspricht. Er spricht damit aus, was viele befürchten. Anstatt endlich glaubwürdige und klare Rahmen- und Ordnungsregeln zu etablieren, werden immer neue Umverteilungsvorschriften beschlossen.

Die Europäische Union steckt in der wohl größten Krise ihrer gesamten Geschichte. An dieser historischen Wegscheide gibt es nur noch zwei Optionen: Entweder wird aus der bisherigen Schuldenvergemeinschaftung durch die Hintertür nun vollends eine Transferunion oder es gelingt eine Rückbesinnung auf den Geist von Maastricht, nach dem jede Ebene selbst für die Verpflichtungen einsteht, die sie eingeht. Die Vorschläge von Kommissionspräsident Juncker und dem französischen Präsidenten Macron setzen auf noch mehr gemeinsame Haftung, Bürokratie und Zentralismus. Hinter den wohlklingenden Begriffen EU-Finanzminister, Eurozonen-Budget oder EU-Arbeitslosenversicherung steht nichts anderes als eine riesige Umverteilung. Mehr Vergemeinschaftung und Gleichmacherei kann und wird die Währungsunion aber nicht stärken, sondern wird dauerhaft zu einer weiteren Spaltung Europas beitragen. Wo nationale Besonderheiten und Identitäten immer mehr negiert werden, steigt zwangsläufig der Unmut am gesamten europäischen Projekt.

Von wem, wenn nicht von der CDU/CSU, kann denn der dringend erforderliche ordnungspolitische Gegenentwurf zu den EU-Reformvorschlägen von Macron und Juncker kommen? Es gibt doch gute Gründe, weiter offensiv seine Vision eines stabilen und wettbewerbsfähigen Europas in die Diskussionen einzubringen. Den Krisenländern soll in keiner Weise das deutsche Modell aufgezwungen werden. Diese Länder sollen sich aber auch nicht scheuen, die hinter den deutschen Erfolgen liegenden Grundsätze und Erfahrungen der Sozialen Marktwirtschaft zu hinterfragen. Und gerade die CDU/CSU darf sich nicht scheuen, für diesen Weg mit aller Kraft zu werben. In einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion dürfen wechselseitige Lernprozesse und Bemühungen um mehr Gemeinsamkeiten in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nicht ausgeschlossen und schon gar nicht durch finanzielle Transfers ersetzt werden. Die zentralen Ordnungs- und Orientierungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft müssen für diesen Annäherungsprozess wieder der zentrale Kompass sein.

Umso dramatischer ist es, wenn nun der Eindruck entsteht, dass auch die CDU/CSU in die europapolitische Melodie von Juncker, Macron, Schulz und Gabriel einstimmt. Bei den Bürgern wächst die Angst, dass die Vision einer politischen Union in der Absicht missbraucht wird, einen

unwiderruflichen Transfer von finanziellen Ressourcen einzuleiten. Diese Sorgen sind verständlich. Betrug das Volumen der Haftungsvergemeinschaftung in der Eurozone vor zehn Jahren gerade einmal vier Prozent der Wirtschaftsleistung der Euro-Länder, sind es mittlerweile 35 Prozent (3,8 Billionen Euro!). Die fast eine Billion Euro offenen Target-Forderungen Deutschlands tauchen in dieser Rechnung noch nicht einmal mit auf. Die Dimension dieses zinslosen, unbesicherten und unlimitierten Kredites an die anderen Zentralbanken im Eurosystem macht Deutschland auf erschreckende Weise erpressbar. Ebenfalls hinzu kommt der Zinsverlust von 436 Milliarden Euro, den der deutsche Sparer allein bis Ende 2017 durch die Nullzinspolitik erlitten hat. Statt den fatalen Vertrauensverlust in das europäische Projekt endlich zu stoppen, werden durch die Reformvorschläge von Kommissionspräsident Juncker und dem französischen Präsidenten Macron und bedauerlicherweise auch durch den Geist der Sondierungsvereinbarungen diese Ängste und Sorgen der Bürger potenziert.

„Überbetonung von Solidarität statt Eigenverantwortung, Begrenzung oder Aushebelung des Wettbewerbsprinzips durch Mindestlohnregelungen, Grundsicherungssysteme und Mindestsätze bei den Unternehmensteuern sowie mehr Geld für Europa stehen im Mittelpunkt der Überlegungen.“
Jürgen Stark, EZB- Direktoriumsmitglied a.D., zum Europateil der Sondierungsergebnisse (FAZ vom 18.01.2018)

Die CDU muss diesen besorgniserregenden Stimmungswechsel dringend wieder aufnehmen und mit klarer, eindeutiger Programmatik antworten. Noch im CDU/CSU Regierungsprogramm von 2013 waren die europapolitischen Überschriften: „Keine Transferunion“, „Hilfe nur bei eigenen Leistungen“ sowie „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch eigene Reformen“. Diese überzeugenden und bewährten Prinzipien sind im letzten Wahlkampf und in den Sondierungsgesprächen kaum mehr wahrnehmbar von der CDU vertreten worden. Stattdessen bilden im Sondierungspapier europäische Solidarität, soziale Konvergenz, und pauschal schon einmal höhere deutsche Beiträge zum EU-Haushalt die neuen Leitlinien. Es zeugt von dem Verfall ordnungspolitischen Denkens in Deutschland, dass die Sondierer sich bei völlig systemwidrigen Eingriffen wie der „Gleichmacherei“ über gemeinschaftliche Sozialstandards auch noch auf die Soziale Marktwirtschaft berufen. Dass die „soziale Konvergenz“ nationale Aufgabe ist und die meisten Vorschläge dazu dem Grundsatz der Subsidiarität diametral entgegenlaufen, verkommt da fast zur Randnotiz. Ebenso, dass gemeinschaftliche Sozialstandards gerade in einer Währungsunion ein unsinniger Widerspruch sind. Wenn schon alle Länder den gleichen „monetären Anzug“ tragen, kann eine Anpassung der Wettbewerbsfähigkeit nur über flexible Märkte erfolgen. Eine Sozialunion dagegen würde einen weiteren wichtigen Anpassungsmechanismus ausschalten.

Schon bei den gescheiterten Jamaika-Sondierungen wurde mit Blick auf den Europakurs der Fokus darauf gelegt, Formulierungen zu wählen, die möglichst viel Handlungsspielraum ermöglichen. Und auch bei den jetzigen Sondierungsergebnissen, ist der Text an vielen Stellen bewusst unscharf. Damit scheint die Hoffnung verbunden zu sein, dass man zwar umfängliche Kompromissbereitschaft signalisieren kann, aber hinter den entsprechenden Unklarheiten trotzdem ordnungspolitische Überzeugungen durchsetzen kann. Dieser Weg ist sehr gefährlich. Zum einen ist er bislang nicht sehr erfolgreich, wie die stetig zunehmende Vergemeinschaftung zeigt. Zum anderen entfernt man sich damit auf fatale Weise weiter vom Bürger. Verteidigungsminister a.D. Rupert Scholz hat dies vor kurzem auf den Punkt gebracht: „Pragmatismus ersetzt nie inhaltliche Profile und darf vor allem die eigenen Grundwerte nicht verdrängen oder überspielen.“ (WELT vom 8.12.2017).

Es ist ein Kernproblem, dass alle eine Europadiskussion fordern, aber niemand in Klarheit die Optionen benennt. So werden seit Jahren die Projekte Fiskalunion oder Eurozonen-Budget diskutiert. Es bleibt aber unklar, was genau gemeint ist. Gleiches gilt für die Umwandlung des ESM zu einem Europäischen Währungsfonds. Offensichtlich verbergen sich hinter diesem Begriff vollkommen gegensätzliche Erwartungen und Konzepte. Mit der getroffenen Festlegung, eine solche Institution im Unionsrecht verankern zu wollen, scheint die Union ihre ursprüngliche Zielrichtung, die auf einem intergouvernementalen Ansatz beruht hat, bereits geräumt zu haben. Diese Unklarheiten können aber eine gefährliche Eigendynamik entwickeln. Genau davor hat der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gewarnt: *„Diese Unklarheit kann bewirken, dass Meinungsverschiedenheiten nicht rechtzeitig angesprochen und ausgetragen werden, sondern im Untergrund schwelen, erst in einer Krise ausbrechen und dann das Klima vergiften“* (Brief zur weiteren Vertiefung der Europäischen Integration vom 10.01.2018).

Die Union ist deshalb dringend aufgefordert, über solche Fragen Klarheit zu schaffen. Wenn man von neuen Institutionen spricht, muss man auch Aufgaben und Zuständigkeiten präzise zuordnen. Wenn man von neuen Investitionen spricht oder ein europäisches Budget in den Raum stellt, muss man auch beantworten, wozu dies dient, wer es finanzieren soll und wo der Mehrwert liegt. Das Problem einer Transferunion steht im Raum und muss adressiert werden, es wird nicht dadurch gelöst, dass man neuerdings von Risikoteilung statt von Transferunion spricht.

Besonders besorgniserregend ist, dass mit dem Begriff Investitionsprogramm nun das Einfallstor gefunden zu sein scheint, mit dem der unwiderrufliche Transfer von finanziellen Ressourcen endgültig eingeleitet werden kann. Der Begriff nimmt in den Konzepten von Macron bis Schulz eine Schlüsselrolle ein und durchzieht auch die Sondierungsvereinbarungen. Doch genau hier ist ein beängstigender Paradigmenwechsel erfolgt. Der Staat soll plötzlich nicht mehr die Regeln setzen und für die Einhaltung sorgen, sondern will gleich selber die Investitionen durchführen. Dabei besagt alle Erfahrung, dass der Staat eben nicht der bessere Unternehmer ist. Hinter der pauschalen Formulierung, ein europäisches Budget müsse „Investitionen“ finanzieren, ist auch keinerlei Gemeinschaftsbezug zu erkennen, der überhaupt für eine europäische Zuständigkeit spricht. Wo ist der Appell von CDU/CSU, dass private Investitionen klare Priorität haben müssen und die Rahmenbedingen auf nationaler Ebene entsprechend zu gestalten sind?

Zudem gibt es bereits mehrere Investitionsvehikel – die alle den Nachweis effizienter Verwendung schuldig geblieben sind. Schon bei den bestehenden Kohäsions- und Strukturfonds werden Mittel häufig vor allem deshalb abgerufen, weil sie verfügbar sind. Auch der „Juncker-Fonds“ wurde gerade erst vorzeitig bis 2020 verlängert – eine Erhöhung der „Feuerkraft“ eingeschlossen. Eine Evaluation der bisherigen Projekte gab es übrigens ebenso wenig, wie den Nachweis, dass die Projekte ohne den Fonds keine Investoren gefunden hätten. Ein weiterer Lehrbuchfall dafür, dass einmal geschaffene Einrichtungen auch nach getaner Arbeit nie wieder abgeschafft werden.

Die traurige Realität ist, durch den bisherigen Kurs konnte keines der gravierenden Probleme, die in Europa nach der Finanzkrise von 2008 sichtbar wurden, gelöst werden. Der ohnehin zu hohe Schuldenstand hat in fast allen Euro-Ländern trotz Fiskalpakt noch einmal deutlich zugenommen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in vielen Südländern weiterhin jenseits der 40 Prozent und die Industrieproduktion verharrt auf einem Stand, der noch immer unter dem Vorkrisenniveau von 2007 liegt. Von einer abgestimmten Antwort auf die ungebremsten Migrationsströme ganz zu schweigen. Europa gelingt es noch nicht einmal, sich auf eine gemeinsame Wirklichkeitsbeschreibung zu einigen. Die Probleme von mangelnder Wettbewerbsfähigkeit, zu hoher Verschuldung und überdimensionierter

öffentlicher Verwaltung einiger Mitgliedstaaten sind hausgemacht und können auch nur im nationalen Rahmen gelöst werden. Die Währungsunion kann nur funktionieren, wenn die nationalen Finanz- und Wirtschaftspolitiken ein hinreichendes Maß an Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen. Hierfür können weder billiges Notenbankgeld noch Transfers aus Deutschland einen Ersatz darstellen.

Die Union hat doch die richtigen Instrumente im Werkzeugkasten: Die Forderungen nach einer Insolvenzordnung für Staaten, nach einer Eigenkapitalunterlegung von Staatsanleihen in den Bankbilanzen, die Ablehnung einer Staatsfinanzierung durch die Notenbank, und die Absage an eine Emission gemeinsamer Anleihen, tragen der Sorge einer immer weitergehenden deutschen Haftung Rechnung. Alle diese Bausteine sind notwendige Schritte, um Handlung und Haftung in Europa wieder zusammenzuführen. Statt europäische Integration nur über finanzielle Transfers zu diskutieren, gilt es vielmehr die Kraft des europäischen Binnenmarktes zu nutzen, damit die EU zum Wohlstand aller beitragen kann. Wir haben enorme Potenziale im Bereich der europäischen Sicherheitspolitik, in der Vertiefung der Energieunion oder der Gestaltung des digitalen Ordnungsrahmens. Durch entschlossenes Voranschreiten in diesen Bereichen muss Europa wieder seine Legitimation herstellen. Aus diesen Konturen muss ein tragfähiges Gesamtkonzept entstehen. Kein Gang in die Transferunion, keine sozialdemokratische EU, sondern Rückkehr zu den eigentlichen und bewährten Prinzipien - diese Handschrift muss aus den Koalitionsverhandlungen erkennbar werden.

Die CDU muss zu ihrem europapolitischen Markenkern zurückkehren und endlich ein starkes Bekenntnis abgeben. Schluss mit einem Europa bei dem Bürokratie, Umverteilung und Zentralismus der kleinste gemeinsame Nenner sind. Dafür Mut zu einem Europa, das Bürgernähe durch Subsidiarität lebt, das die gewaltigen Potenziale des Binnenmarktes durch Vielfalt und Wettbewerb nutzt, das die strikte Trennung von Geld- und Fiskalpolitik einhält und das Handlung und Haftung wieder zusammenführt.